



Pressedossier

vom 21. Februar 2011

Freiwilligendienste in Deutschland

Informationsbüro Jakob-Kaiser-Haus: Haus 3, E.340, Telefon: +49 30 227-31331, Fax: +49 30 227-36932

Auskunft Marie-Elisabeth-Lüders-Haus: Zimmer 2.701, Telefon: +49 30 227-32641, Fax: +49 30 227-36009
pressedokumentation@bundestag.de, <http://prarchiv.bundestag.de>

Aus urheberrechtlichen Gründen ist die Nutzung der von der Pressedokumentation angebotenen elektronischen Pressematerialien ausschließlich für dienstliche Zwecke möglich. Eine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung außerhalb des Deutschen Bundestages ist nicht zulässig.

Inhalt

Verzweifelt gesucht: Arbeit für Behörde	Die Welt	19.01.2011
Die "Zivis" von morgen	Das Parlament, Berlin	17.01.2011
Die Jugendfreiwilligendienste und der neue Bundesfreiwilligendienst	Frankfurter Allgemeine	09.12.2010
Mindestlohn für Freiwillige	FAZ-Sonntagszeitung	21.11.2010
Freiwilligendienst: Schröder wirbt um Ältere	Die Welt	19.11.2010
Sie tun was!	Die Zeit, Hamburg	30.09.2010
Ob's stürmt oder schneit - zu allem bereit	Frankfurter Allgemeine	29.09.2010
Kampf um Freiwillige	Der Spiegel	20.09.2010
Hängenbleiben an immer denselben Hürden	Süddeutsche Zeitung, München	27.08.2010
Kritik am freiwilligen Zivildienst geübt	Stuttgarter Zeitung	25.08.2010
Kostspielige Lückenfüller	Süddeutsche Zeitung, München	24.08.2010
Es geht auch ohne Zivis	Welt am Sonntag	22.08.2010
Leben lernen	Süddeutsche Zeitung, München	07.08.2010
Ein Jahr für die Gesellschaft	Handelsblatt	03.08.2009

Verzweifelt gesucht: Arbeit für Behörde

Bald haben die Verwalter des Zivildienstes nichts mehr zu tun. Aber die Bundesregierung denkt nicht ans Sparen

Familienministerin Schröder setzt einen neuen Freiwilligendienst durch - und schafft damit Doppelstrukturen Von der Leyen schlägt vor: Die Bediensteten könnten sich ja auch um das Bildungspaket für Hartz-IV-Kinder kümmern

Philipp Neumann

Im Bundesfamilienministerium wird bald ein Schreibtisch frei. Es ist der des "Bundesbeauftragten für den Zivildienst". Noch steht dieser Tisch in der Außenstelle des Ministeriums in Bonn. Dort arbeitet Jens Kreuter, eben jener Bundesbeauftragte, der sich um die jungen Männer kümmern soll, die keinen Wehrdienst leisten. Weil es diesen Dienst ab dem 1. Juli nicht mehr gibt, wird es auch keine Zivildienstleistenden mehr geben, jedenfalls keine mehr, die ab dem Sommer noch eine neue Stelle antreten. Spätestens zum Jahresende wird Kreuter niemanden mehr haben, um den er sich kümmern kann. Was wird aus ihm?

"Meinen Job wird es in einem Jahr nicht mehr geben", sagt Kreuter. Was aus ihm persönlich werde, wisse er noch nicht. Kreuter fühlt sich ein bisschen wie ein Kapitän, der auf einem sinkenden Schiff ausharrt, denn der Zivildienst wird abgewickelt. Gewollt hat das Ministerin Kristina Schröder (CDU) nicht. Aber sie hat auch nicht widersprochen, als Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) das Aussetzen der Wehrpflicht ausrief - ihr faktisches Ende.

Die Umwälzungen im Zivildienst sind mindestens so groß wie bei der Bundeswehr, wo Beschäftigte in 52 Kreiswehrersatzämtern und in Kasernen ihre Aufgaben verlieren. Nicht nur der Zivi-Beauftragte steht ohne Arbeit da. Eine ganze Behörde, das Bundesamt für Zivildienst in Köln, wird überflüssig. Für exakt 1005 Beamte und Angestellte, deren Arbeit pro Jahr fast 100 Millionen Euro kostet, gibt es offiziell nichts mehr zu tun. Was aber geschieht mit einer Behörde, die keine Aufgabe mehr hat? Man wagt kaum zu fragen: Kann man sie abschaffen?

Die Präsidentin des Amts, Helga Roesgen, will keine Auskunft geben, weshalb die Spurensuche woanders beginnen muss. Eine der ersten Adressen, wenn es darum geht, dem Staat beim Geldausgeben auf die Finger zu schauen, ist der Bund der Steuerzahler. Wer dort anruft, hat den Vizepräsidenten Rainer Holz-

nagel am Telefon, und der antwortet im Grunde mit den Argumenten der Bundesregierung. "Ziel der Bundeswehrreform ist es, Geld zu sparen", sagt Holznagel. "Insofern wäre es sinnvoll, dass überflüssige Behörden wie das Bundesamt für Zivildienst eingespart werden."

Ob das der Fall ist, kann man dem "Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes" aus Schröders Ministerium entnehmen. Mitte Dezember hat das Kabinett ihn abgesegnet, ab März soll der Bundestag darüber debattieren. Der neue Dienst soll die Lücke, die durch den Zivildienst entsteht, "soweit es irgend geht kompensieren", sagte Schröder bei einer Fragestunde im Bundestag. "Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, uns Gedanken darüber zu machen." Das Ergebnis ist eine Mischung aus Zivildienst und den Freiwilligendiensten, die es in den Ländern schon gibt.

Sechs bis 18 Monate soll der neue Dienst dauern und allen volljährigen Menschen offenstehen. Sie sollen sich engagieren: "im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes". Der Staat zahlt dafür ein, so wörtlich, "Taschengeld" von einigen Hundert Euro pro Monat. Organisiert wird der Dienst vom - Bundesamt für Zivildienst. Künftig heißt es "Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben". Abgeschafft wird es nicht, es kann "weitere Aufgaben" übertragen bekommen. Einsparungen gibt es keine, sie werden erst "mittelfristig erwartet". Zunächst kostet der neue Freiwilligendienst mehr als 230 Millionen Euro pro Jahr.

Man muss die Opposition nicht lange um einen Kommentar zu diesen Plänen bitten. Am deutlichsten formuliert es der Verteidigungspolitische Sprecher der Linken, Paul Schäfer: "Es gibt keine Verwendung mehr für das Bundesamt für Zivildienst, man kann diese Behörde auflösen." Hans-Peter Bartels, Verteidigungspolitiker der SPD, sagt: "Man könnte das Amt schon abschaffen." Eine

andere Frage, das betonen beide, sei die Zukunft der Mitarbeiter, man könne sie nicht alle entlassen. Bartels schlägt vor, den größten Teil für das Bundesverwaltungsamt arbeiten zu lassen, das seinen Sitz ebenfalls in Köln hat.

Kai Gehring, jugendpolitischer Sprecher der Grünen, verlangt immerhin "deutlich schlankere Strukturen", sie seien das Mindeste, was die Regierung dem Zivildienstamt verordnen müsse. Seine Kernaufgabe sei erfüllt. Ministerin Schröder habe sich den Bundesfreiwilligendienst nur ausgedacht, um eine neue Aufgabe für das Amt zu finden. Es sei die einzige Behörde, über die sie verfügen könne. Mehr noch stört sich Gehring aber - und da pflichtet ihm SPD-Kollegin Caren Marks bei - an den "doppelten Strukturen", die nun entstehen. Die bestehenden Dienste wie das freiwillige soziale Jahr seien erfolgreich. "Teuer und ineffizient" sei das alles, schimpft Marks. Abschaffen will sie das Bundesamt nicht, aber sie fordert "klar definierte Aufgaben und keine kunterbunte Sammlung an Zuständigkeiten".

Tatsächlich ist das Amt wegen der sinkenden Zahl der Zivildienstleistenden nicht mehr ausgelastet, weshalb Ministerin Schröder nach neuen Zuständigkeiten fahndet. So sollen sich die Mitarbeiter um die Organisation der von Schröder geplanten "Familienpflegezeit" kümmern. Schon jetzt wickelt es die Entschädigung von Contergan-Opfern ab - zuvor war das Sache der Staatsbank KfW. Muss die Regierung immer neue Aufgaben für arbeitslos gewordene Mitarbeiter finden?

"Sie können jede Bundesbehörde auflösen", sagt Hans-Ulrich Benra. "Sie brauchen dafür nur eine Entscheidung der Bundesregierung." Benra ist der Chef des Verbands der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden, weshalb der Hinweis einen bitter-ironischen Unterton hat und keine Forderung ist. Er gibt zwar zu, dass die "Haupttätigkeit" des Bundesamtes nun wegfallen. "Aber dann stehen 1000 Menschen auf der Straße - wollen Sie das?" Eine rhetorische Frage, denn die meisten

Mitarbeiter, ob nun Beamte oder Angestellte, sind unkündbar. Benra beklagt die vielen Sparrunden im öffentlichen Dienst, erklärt die um Zehntausende verringerte Stellenzahl, die auf 41 Stunden erhöhte Wochenarbeitszeit und das auf 30 Prozent geschrumpfte Weihnachtsgeld. In etwas mehr als zehn Jahren seien in Deutschland 120 Behörden geschlossen worden, behauptet er. Das Know-how im Bundesamt für Zivildienst müsse man erhalten, ihm schwebe ein "Dienstleistungsansatz" vor. Leider habe er erst Anfang Februar einen Termin im Ministerium.

Was also hat sich die Koalition bei dieser Reform gedacht? Die Auskunfts-freude ist begrenzt. In der Bundestags-fraktion der Union will nur die CSU-Abgeordnete Dorothee Bär etwas offen sagen. Es sei "wünschenswert, dass es mittel- und langfristig keine Doppelstrukturen mehr gibt". Fragt man bei Unionsleuten nach, dann erfährt man hinter vorgehaltener Hand, dass die zwei verschiedenen Freiwilligendienste in Bund und Ländern, die es nun geben soll, der größte Unfug unter der Sonne seien und dass man das Bundesamt für Zivildienst am besten hätte abschaffen sollen. Die Ministerin habe sich aber nicht gegen ihre eigenen Beamten durchsetzen können und nicht gegen das Amt: "Die schaffen sich doch nicht

selbst ab!"

In der FDP, die ja für den schlanken Staat eintritt, ist man zwar unglücklich mit dem Bundesfreiwilligendienst. Aber das Bundesamt abschaffen? Das Amt habe "zu viele Mitarbeiter, um das zu übernehmen, was wir dem Amt übertragen wollen", sagt der jugendpolitische Sprecher Florian Bernschneider - und dass es "erheblich schrumpfen" müsse. Eine Forderung, die der FDP-Haus-haltspolitiker Florian Toncar verschärft: "Ich habe große Zweifel, ob diese Behörde in diesem Umfang noch ge- braucht wird." Wenn man will, kann man daraus die Forderung nach Ab- schaffung lesen. Zumindest erwartet Toncar aber "eine saubere Perso- nalbedarfsplanung des Ministeriums".

Die gibt es offenbar schon. Ressortche- fin Schröder, die ja die politische Verantwortung trägt, will sich selbst dazu nicht äußern. Sie schickt den Zivil- dienstbeauftragten Kreuter vor: Es sei "völlig klar, dass es das Amt in der heu- tigen Form nicht mehr geben wird". Und er sagt: "Die Mitarbeiter in der Zentrale in Köln werden zum ganz großen Teil nicht mehr in ihrem bisherigen Bereich tätig sein." Der Vorwurf der Opposition, man suche krampfhaft nach neuen Auf- gaben und habe deshalb den Bundesfrei- willigendienst erfunden, sei absurd.

"Wenn sich aber neue Aufgaben und da- mit Beschäftigungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter ergeben, wäre das ideal."

Und idealerweise hat Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), früher selbst Familienministerin, schon eine Idee. Das Bildungspaket für Geringverdiener, das sie plant, würde fast exakt so viele Verwaltungsmitarbeiter benötigen, wie im Zivildienstamt überflüssig werden, nämlich etwa 300 der 500 Stellen in der Kölner Zentrale.

"Wir haben alle Möglichkeiten geprüft, darunter auch die Auflösung des Bundesamtes für Zivildienst", beteuert Kreuter. "Es war aber schnell klar: Man kann den Großteil der dort arbeitenden Mitarbeiter nicht einfach entlassen." Und vielleicht wird auch für Kreuter noch ein Schreibtisch übrig sein. Der Steuerzahlerbund ist jedenfalls empört, dass nun auch noch Geld für eine Kam- pagne ausgegeben werden soll, die nicht allein den neuen Freiwilligendienst be- werben wird. Laut Ausschreibung soll sie auch "die positive Rolle von Bundes- familienministerin Schröder kommunizi- zieren".

"Wir haben alle Möglichkeiten geprüft, darunter auch die Auflösung" Jens Kreuter, Bundesbeauftragter für den Zivil- dienst

Die »Zivis« von morgen

FAMILIE Ministerin Schröder plant Bundesfreiwilligendienst

Wurden sie in den jungen Jahren der Bundesrepublik oft noch als „Drückeberger“ beschimpft, gelten die heute liebenvoll „Zivis“ genannten Wehrdienstverweigerer längst als eigentlich unverzichtbare Helfer in vielen sozialen Einrichtungen der Republik. Doch mit der anvisierten Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli dieses Jahres verschwindet zugleich der zivile Ersatzdienst. Bei der Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen beispielsweise werden die künftig ausbleibenden Zivildienstleistenden eine schmerzliche Lücke hinterlassen.

Diese Lücke will Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), die für den Zivildienst verantwortlich zeichnet, durch einen Bundesfreiwilligendienst schließen. Er soll das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr, die beide in der Zuständigkeit der Bundesländer liegen, ergänzen. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde Ende vergangenen Jahres beim Bundes-

rat eingereicht (Bundesratsdrucksache 849/10) und wird voraussichtlich ab Mitte Februar im Bundestag beraten. Die Aufgaben des Dienstes orientieren sich an denen des Zivildienstes. „Im Bundesfreiwilligendienst“, so heißt es im Gesetzentwurf, „engagieren sich Frauen und Männer für das Allgemeinwohl, insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes. Der Bundesfreiwilligendienst fördert das lebenslange Lernen.“

Bis zu 35.000 Stellen für Freiwillige will der Bund schaffen. Die Dienstzeit soll mindestens sechs und höchstens 18 Monate betragen. In Ausnahmefällen, wenn dies im Rahmen eines besonderen pädagogischen Konzepts begründet ist, könnte er aber auf 24 Monate verlängert werden.

Die jährlichen Kosten für den neuen Dienst beziffert die Regierung auf 234 Millionen

Euro. Er soll wie der Zivildienst arbeitsmarktneutral sein, darf also keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen.

Kritik der Opposition Während Ministerin Schröder die Koalitionsfraktionen hinter sich weiß, stoßen ihre Pläne bei der Opposition schon jetzt auf Widerstand. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke begrüßen zwar prinzipiell den Ausbau von Freiwilligendiensten, wollen aber keine „teuren, ineffizienten und überflüssigen Doppelstrukturen“ auf Bundes- und Länderebene, wie die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler kritisiert. Die Ministerin suche „offensichtlich krampfhaft neue Aufgaben für das Bundesamt für Zivildienst“, höhnt der jugendpolitische Sprecher der Grünen, Kai Gehring. Und die Linkenfraktion befürchtet „billige Vollzeitkräfte“, die auf dem sozialen Sektor „die Löhne nach unten treibt“. aw

Die Jugendfreiwilligendienste und der neue Bundesfreiwilligendienst

Unter "Jugendfreiwilligendienste", deren Anfänge wie jene des Zivildienstes in den fünfziger Jahren liegen, werden das "Freiwillige Soziale Jahr" (FSJ), und das "Freiwillige Ökologische Jahr" (FÖJ) zusammengefasst. Sie stehen jungen Menschen zwischen 16 und 27 Jahren nach vollendeter Schulpflicht offen. Grundlage ist seit 2008 das Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten. Der Dienst, der jeweils im Sommer angetreten werden kann, dauert in der Regel ein Jahr und kann in sozialen Einrichtungen, im Umweltschutz, im Sport, in der Kultur oder in der Denkmalpflege geleistet werden. Bis zum 25. Lebensjahr besteht ein Anspruch auf Kindergeld. Die Freiwilligen sind über die Träger und/oder die Einsatzstelle sozialversichert und erhalten während ihres Einsatzes ein Taschengeld. Auch Unterkunft und Verpflegung werden in der Regel gestellt, das Geld kann aber auch ausgezahlt werden.

Kriegsdienstverweigerer können als Ersatzdienst auch FSJ oder FÖJ leisten. Die Organisation der Jugendfreiwilligendienste liegt in der Hand der Länder, die dafür Geld aus dem Europäischen Sozialfonds bekommen. Die

Förderung fällt sehr unterschiedlich aus: Einige Länder, wie etwa Bayern oder Baden-Württemberg, fördern FSJ sehr stark, andere wie Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern geben kein Geld aus ihrem Etat.

Nach der Aussetzung der Wehrpflicht - vom 1. Juli 2011 an geplant - sind von den insgesamt 350 Millionen Euro, die der Bund für den neuen Dienst aufwendet, 50 Millionen Euro als Förderpauschalen für bestehende FSJ-Stellen vorgesehen. Bisher fördert der Bund nach Angaben des Familienministeriums rund 19 400 Stellen im In- und Ausland (von insgesamt 40 000) und zudem 6700 Stellen für Kriegsdienstverweigerer, die sich für FSJ/FÖJ entschieden haben.

Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist ein Ersatzdienst für den Pflichtdienst für Wehrdienstverweigerer, der mit der Wehrpflicht entfällt. Die Einsatzgebiete werden entsprechend den Jugendfreiwilligendiensten auf die Bereiche Sport, Kultur, Denkmalpflege und Integration erweitert. Er soll von der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht an allen Interessierten offenstehen und kann jederzeit angetreten werden. Der Dienst

wird in der Regel zwölf, mindestens aber sechs und maximal 24 Monate geleistet. Die Zahl der Bildungstage wird auf 25 erhöht, von denen mindestens fünf in den Bereich "politische Bildung" fallen. Die 17 staatlichen Zivildienstschulen sollen in diese Ausbildung eingebunden werden. Ob auch freiwillige Senioren Bildungstage absolvieren müssen - Ministerin Schröder hofft auf eine Beteiligung von etwa 20 Prozent - , ist noch unklar. Freiwillige ab dem Alter von 27 Jahren können den Dienst auch in Teilzeit leisten.

Auf Trägerebene werden die BFD-Stellen an die FSJ-Stellen gekoppelt; bei jedem Träger werden also jeweils gleich viele BFD- wie FSJ-Stellen gefördert. Im Gegensatz zu den Jugendfreiwilligendiensten kann der BFD nicht im Ausland geleistet werden. In den 500 Euro, die der Bund pro Platz aufwenden will, sollen die Leistungen, die beim FSJ die Träger erbringen - Unterkunft, Verpflegung, Taschengeld -, enthalten sein. Die Höhe des Taschengeldes wird sich im Gegensatz zum Zivildienst zwischen den neuen und alten Bundesländern nicht mehr unterscheiden. (nbel.)

Mindestlohn für Freiwillige

Von Hendrik Ankenbrand

Freiwillige ersetzen jetzt die Zivis. Sie machen es genauso amateurhaft - und zum Billiglohn.

Wenn eine Sache stinkt, muss man sie schön verpacken. Niemand weiß das besser als Politiker. Also ruft Bundesfamilienministerin Kristina Schröder jetzt eine "neue Kultur der Freiwilligkeit" aus, die sich aus dem neuen "Bundesfreiwilligendienst" entwickeln soll: Künftig können Jugendliche, wenn sie wollen, zwischen sechs Monaten und zwei Jahren in Krankenhäusern und Altenheimen arbeiten.

Die propagierte Idee: So ermöglicht der Staat einer leistungsfixierten und konsumgeilen Generation eine kostenlose Fortbildung in Sachen Humanität und Verantwortung. Am Ende des Reifeprozesses stünde der bessere Mensch. Als wäre das alles noch nicht genug, gibt es sogar noch ein monatliches Taschengeld obendrauf: 324 Euro im Westen und 273 Euro im Osten. Plus die Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Damit, dass im nächsten Jahr mit der Wehrpflicht auch der Zivildienst wegfällt, hat das alles natürlich nichts zu tun. Oder doch? Ist die neue Kultur der Freiwilligkeit etwa in Wahrheit die alte Kultur der Ausbeutung Jugendlicher? Hat der Staat womöglich noch andere Motive, als den Schulabsolventen ein Jahr zum Durchschnaufen zu schenken, in dem sie ihre Zukunft geregelt kriegen und statt sofort im Büro oder Hörsaal

einmal im wahren Leben stehen, oft am Rande der Gesellschaft? 90 000 gering entlohnte Zivildienstleistende haben bisher Rollstühle geschoben und Kanülen gelegt. Für die staatlichen und privaten Arbeitgeber war das ein gutes Geschäft. Jetzt dürfen die Billiglöhner nicht mehr einfach zwangsverpflichtet werden. Freiwillige vor!

In der "Schule des Lebens", wie die Befürworter den neuen Freiwilligendienst preisen, stehen hoffentlich nicht die vier Grundrechenarten auf dem Stundenplan. Sonst würde den Studenten der Barmherzigkeit wohl vor Schreck die Bettflanne aus der Hand plumpsen, wenn sie erfahren, was ihre zum tariflichen Mindestlohn angestellten Kollegen verdienen. 8,50 Euro sind es in der westdeutschen Pflege, 7,50 Euro in Ostdeutschland. Die neuen Freiwilligen kommen noch nicht einmal auf die Hälfte. Sie erhalten somit gewissermaßen einen negativen Mindestlohn.

Wem diese Zahlenspielerei zu billig ist, hat recht. Tatsächlich müssten die freiwilligen Pfleger ihren Lohn in Beziehung zum späteren Einkommen im künftigen Beruf des Anwalts, Lehrers oder was auch immer setzen. Und zwar nicht zum ersten, niedrigsten Gehalt in der Berufslaufbahn, sondern zum letzten, höchsten Gehalt vor der Rente. Denn das

fehlt ihrem Lebensarbeitseinkommen, wenn sie später anfangen in den Beruf einzusteigen. Man ahnt es schon: Diese Rechnung wird für die Freiwilligen nicht besser ausgehen. Ebenso mau sieht es für die Gesellschaft aus, deren Sozialsystemen die höheren Abgaben aus den Bruttoeinkommen fehlen.

Die Kranken und Alten, die Krippenkinder und die Schwerbehinderten in den Rollstühlen gewinnen auch nicht. Sie werden wie eh und je von oftmals motivierten und stets schlecht ausgebildeten Amateuren versorgt anstatt von erfahrenen und trainierten Fachkräften. Diesen verstellt der Freiwilligendienst als unüberwindbare Einstellungshürde den Weg: Wieso sollten Arbeitgeber Mindestlöhne zahlen, wenn es die Freiwilligen für die Hälfte gibt?

So verhindert der Staat auch in Zukunft, dass in der Pflege ein funktionierender Arbeitsmarkt entsteht. Obwohl sich auf deutschen Wiesen nicht die Feldlazarette reihen, das Land sich nicht im Kriegsnotstand befindet, es keine Massen an Verwundeten zu versorgen hat und auch nicht unter Hungersnöten und Seuchen im Chaos versinkt, ist in der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt das Gemeinwesen ohne unterbezahlte Freiwillige angeblich dem Untergang geweiht. Das ist mal gut verpackt!

Freiwilligendienst: Schröder wirbt um Ältere

Familienministerin stellt Gesetzentwurf für Zivildienst-Ersatz vor

Von Miriam Hollstein

BERLIN – Wenn die Wehrpflicht wegfällt, bedeutet dies auch das Aus für den Zivildienst. Gestern stellte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) deshalb einen Gesetzentwurf für einen neuen Bundesfreiwilligendienst vor. Er soll zum 1. Juli 2011 eingeführt werden und den Zivildienst ersetzen. 35 000 Freiwillige will Schröder dafür gewinnen, dass sie das tun, was bislang die Zivildienstleistenden erledigen. Dauern soll der Bundesfreiwilligendienst im Durchschnitt ein Jahr, mindestens aber sechs Monate (wie der jetzige Zivildienst), höchstens zwei Jahre. Die Freiwilligen erhalten ein Taschengeld von maximal 324 Euro im Westen und 273 Euro im Osten. Übernommen werden von den Einsatzstellen zusätzlich die Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Außerdem sind die Freiwilligen sozialversichert.

Im Gegensatz zum Zivildienst steht der neue Bundesfreiwilligendienst nicht nur jungen Männern, sondern auch Frauen und älteren Menschen offen. Besonders auf die Älteren hofft Familienministerin Schröder. Sie rechne damit, dass der Anteil der älteren Freiwilligen um die 20 Prozent ausmachen wer-

de, sagte die Ministerin bei der Vorstellung des Entwurfs. Schon jetzt sei ein Drittel der über 65-Jährigen ehrenamtlich engagiert; ein weiteres Drittel würde sich gern engagieren. Sie sei daher zuversichtlich, dass die „Lücke“, die durch den Wegfall des Zivildienstes entstehe, nicht so groß sei. Derzeit sind in Deutschland rund 90 000 Zivildienstleistende im Einsatz.

Parallel zum Bundesfreiwilligendienst soll die Bundesförderung für die bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienste der Länder wie das freiwillige soziale Jahr (FSJ) und das freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) ausgebaut werden. Statt bislang mit 72 Euro pro Platz sollen diese künftig mit pauschal 200 Euro pro Platz gefördert werden. Insgesamt wird der Bund die Freiwilligendienste künftig mit 350 Millionen Euro fördern; davon stammen 300 Millionen Euro aus den bisher für den Zivildienst zur Verfügung gestellten Mitteln. Um das Konzept war lange gerungen worden. Mit dem jetzigen Entwurf ist auch der Koalitionspartner einverstanden. Das betonte die familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Miriam Gruß, die bei der Vorstellung dabei war.

Kritik kam aus der Opposition: Mit dem Bundesfreiwilligendienst würden unnötige Doppelstrukturen zwischen Bund und Ländern geschaffen, kritisierten Abgeordnete der Grünen und der Linkspartei im Bundestag.

Die Wohlfahrtsverbände begrüßten hingegen den Gesetzentwurf. „Wir hatten die Sorge, dass unter den Freiwilligendiensten eine merkwürdige Konkurrenz entstehen könnte“, sagte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, der WELT. Dies vermeide der Gesetzentwurf aber, indem er die Freiwilligendienste weitgehend gleichstelle und auch die Bundesförderung für bereits existierende Angebote der Länder aufstocke. Hesse ist zuversichtlich, dass sich für den neuen Dienst genügend Freiwillige melden werden: „Wir haben schon jetzt beim freiwilligen sozialen Jahr mehr Bewerber als Plätze.“

Der Zivildienst soll ab Ende nächsten Jahres der Vergangenheit angehören. Der Entwurf des Familienministeriums sieht vor, dass schon am 30. Juni 2011 alle Zivildienstleistenden, die das wünschen, aus dem Dienst entlassen werden. Für die anderen ist am 31. Dezember 2011 endgültig Schluss.

Sie tun was!

Krankenhäuser und Altenheime bangen: Was wird, wenn keine Zivis mehr helfen?
Keine Sorge, es gibt Alternativen

von JAN-MARTIN WIARDA

Jan Crede ist noch ganz zittrig, als er von seinem letzten Einsatz erzählt. Zittrig vor Aufregung, aber auch ein bisschen vor Stolz. Und weil er nicht möchte, dass man ihm das anmerkt, spricht er das Wort »Spannungspneumothorax« mit einer Lässigkeit aus, als gehörte es seit Jahren zu seinem Wortschatz, als hätte er schon immer hier in der Rettungswache Kassel gehockt und auf den nächsten Alarm gewartet. Crede ist 20, vor einem Jahr hat er Abitur gemacht und vor ein paar Stunden einem alten Mann das Leben gerettet. Der bekam plötzlich keine Luft mehr und pumpte sich mit jedem Atemzug den Brustkorb mit Luft voll – bis sie ihm mit einer Nadel in die Brust stachen und die Luft herauszischte wie aus einem kaputten Fahrradreifen.

Über Jahre hinweg war Krankenwagenfahren die Wunschbeschäftigung Nummer eins all jener Männer, die den Wehrdienst verweigerten. Doch seit feststeht, dass die Wehrpflicht zumindest ausgesetzt wird und damit auch die Zivis endgültig verschwinden werden, beklagen Sozialpolitiker aller Parteien die tief greifenden Folgen für den Sozialstaat. Die zuständige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) spricht

von einem »erheblichen Verlust für die Lebensqualität für Behinderte und Ältere«, ihr Parteifreund Peter Müller fordert zum Ausgleich ein Pflichtjahr für alle. Was Schröder, Müller & Co nicht sagen: Der einst so bedeutende Zivildienst ist schon längst zur Miniatur seiner selbst geworden. Arbeiteten 1998 138 000 Wehrdienstverweigerer zeitgleich in Krankenhäusern, Altenheimen oder Kindergärten, so sind es dieses Jahr noch 45 000. In dem Maße, wie die Wehrdienstzeit verkürzt wurde und die Quote der Ausgemusterten stieg, sank die Zahl der Zivis. Dass der Sozialstaat das Wegbrechen von 100 000 kostengünstigen Hilfskräften verkraftet hat, liegt daran, dass es auch den Ersatz für den Ersatzdienst längst gibt: Er heißt Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ).

Seit Ende der Neunziger ist die Zahl der Teilnehmer am FSJ und seinem kleinen Bruder, dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ), von gut 10 000 auf 40 000 hochgeschossen. Längst haben Krankenhäuser, Altenheime und Rettungsstellen überall im Land den Großteil ihrer Kurzzeit-Zivis durch Langzeit-Freiwillige ersetzt. Spätestens seit der Zivildienst nur noch sechs Monate lang ist, lohnt auch die Ausbildung zum Rettungssanitäter nicht mehr. Und so sind selbst die Prototyp-Zivis im

Krankenwagen plötzlich keine Zivis mehr, sondern FSJler. So wie der ausgemusterte Jan Crede: Ein Jahr lang leistet er freiwillig Dienst beim Roten Kreuz und bekommt dafür noch weniger Geld als einst die Zivis. »Das Potenzial an jungen Freiwilligen ist riesig«, sagt Martin Schulze, Sprecher des Bundesarbeitskreises FSJ. »Mittelfristig könnten wir doppelt so viele Stellen besetzen.« Es klingt fast zu schön: So, wie die Freiwilligendienste den Verfall des Zivildienstes abgefertigt haben, sollen sie jetzt sein Ende verkraftbar machen. Das versprechen zumindest, nicht ganz uneigennützig, die Träger des FSJ, vom Roten Kreuz bis zur Caritas. Doch auch Ministerin Schröder hat ein Auge auf die Freiwilligen geworfen. Ihr Ziel: ein freiwilliger, vom Bund getragener Zivildienst nach dem Vorbild von FSJ und FÖJ. Schröders Pläne sind weitreichend und spektakulär, es zeichnete sich bereits ein Konflikt mit den Trägern der Freiwilligendienste ab, die eine unfaire Konkurrenz fürchteten. Mittlerweile hat Schröder aber auf Kompromiss umgeschaltet (siehe auch Interview).

Viel stärker als das Gerangel um Zuständigkeiten wundert indes die Selbstverständlichkeit, mit der Politiker wie Sozialverbände den Jugendlichen des Jahres 2010 einen derart ausgeprägten Hang zu Freiwilligkeit und ehrenamtlichem Engagement

unterstellen. Hieß es nicht gerade erst wieder in der jüngsten Shell-Jugendstudie, die Jugend sei karriereorientiert, berechnend und jedes Idealismus unverdächtig? Der Soziologe Klaus Hurrelmann, der die Shell-Studie leitet, sagt: »Wer glaubt, Freiwilligkeit habe automatisch etwas mit Selbstlosigkeit zu tun, der irrt.« Die Bereitschaft der Jugendlichen, sich für die Gesellschaft einzusetzen, sei in der Tat enorm hoch – wenn sie von ihrem Engagement umgekehrt auch etwas haben.

»Das soziale Kosten-Nutzen-Denken ist in dieser Generation sehr ausgeprägt.«

Die Lehren für die Zeit nach dem Zivildienst sind offensichtlich: Wer an das humanistische Bewusstsein der Jugendlichen appelliert, wird scheitern. Wer dagegen den Jugendlichen die gewünschten Gegenleistungen bietet, wird sich möglicherweise vor Freiwilligen kaum noch retten können. Doch wie genau könnten sie aussehen, die Gegenleistungen, von denen Hurrelmann spricht?

Es mag überraschen, aber bei vielen stehen auf der Liste der erwünschten Gegenleistungen handfeste Dinge wie die Anerkennung von Dienstzeiten ganz oben. »Ich wollte die Zeit bis zu meinem Studium sinnvoll überbrücken, und die Bewerbung um einen FSJ-Platz war der einfachste Weg, genau das zu tun«, sagt Jan Crede, dessen kräfige Oberarme ihm etwas Zupackendes geben. Sechs Wartesemester, so hat er sich ausgerechnet, muss er absitzen, die FSJ-Zeit zählt dazu. Möglicherweise kann

er sie sich auch noch auf die Pflichtpraktikumszeit anrechnen lassen, hofft er. Nein, von diesem ganzen Gerede um altruistische Motive hält er wenig. »Dazu ist der Mensch nicht veranlagt.« Klaus Hurrelmann sagt: »Die Gründe vieler Heranwachsender, sich für andere einzusetzen, mögen uns Ältere überraschen, vielleicht auch irritieren. Aber was am Ende zählt, ist das Engagement, zu dem sie führen.« Man könnte auch sagen: Wer den jungen Freiwilligen vorwirft, sie wollten in ihrem Lebenslauf nur die Spalte »gesellschaftliches Engagement« aufmöbeln, mag unter Umständen recht haben. Nicht aber, wenn er ein solches Verhalten moralisch verurteilt.

Dabei sind die Motive der Freiwilligen nicht immer so konkret wie bei Jan Crede. Die 20 Jahre alte Franziska Reese aus Neumünster zum Beispiel brauchte nach dem Abi-Stress erst einmal Abstand – Zeit, Luft zu holen und für sich herauszufinden, welche berufliche Zukunft sie sich tatsächlich vorstellen kann. Also hat sie sich für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr beworben und einen Platz im Kieler Büro der Heinrich-Böll-Stiftung ergattert. Sie hilft dabei, Klimakonferenzen zu organisieren, begleitet einen afghanischen Journalisten zu einer Diskussion mit Gymnasiasten oder dreht eine kleine Dokumentation über den politischen Kirchentag. Nebenbei erhält sie einen Eindruck aus erster Hand, wie Stiftungsarbeit so aussieht, und bekommt vielleicht eine Idee, was sie studieren soll. »Nach 13 Jahren Theorie war es Zeit, mal was vom praktischen Leben zu erfahren – und das auf sinnvolle Weise.«

Sozial akzeptiert eine Auszeit zu nehmen, diese Strategie teilt Franziska Reese mit all jenen, die das Effizienzdenken ihrer Altersgenossen nervt, die sich aber doch nicht ganz dem Erwartungsdruck entziehen können, auf jeden Fall verantwortungsvoll mit ihrer Zeit umzugehen. Die Freiwilligendienste bieten ihnen eine solche Möglichkeit – und manchmal sogar die Chance, auszubrechen, wenn gar nichts anderes mehr geht. Für immer mehr Jugendliche wird das FSJ zum Wendepunkt in ihrem Leben, zur Gelegenheit, neu anzufangen. Die Sozialverbände erkennen die Chance, die sich hier bietet, und sprechen Jugendliche auf der Suche nach Orientierung mit gezielten Freiwilligenprogrammen an. Zum Beispiel mit dem »FSJ plus«, in dem Hauptschulabsolventen in zwei Jahren parallel zu ihrem Freiwilligendienst den Realschulabschluss nachholen können. Ähnlich erfolgreich sind FSJ-Programme speziell für junge Erwachsene, die sich schwertun mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Für Maria-Luisa Mallamo aus der schwäbischen Kleinstadt Uhingen zum Beispiel wurde das »FSJ Focus« der Diakonie Württemberg zu einer Art Erweckungserlebnis. Nach der Hauptschule jobbte sie in einer Bäckerei, besuchte parallel die Berufsschule und wusste nicht so recht, wohin mit sich. Bis sie vom Angebot der Diakonie hörte, ein FSJ im Pflegeheim zu machen, verbunden mit Kursen zur Berufsorientierung und der Option, im Anschluss an das Freiwilligenjahr eine Lehre zu beginnen. Sie wagte den Sprung ins kalte Wasser, hängte sich rein – und ist ein Jahr später

nicht mehr dieselbe. In ihrem grünen Kittel läuft die einst so schüchterne Schülerin schnellen Schrittes die orange-gelb gestrichenen Flure des Blumhardthauses entlang, bleibt unterwegs immer wieder kurz stehen, um mit Bewohnern zu plaudern, und erzählt von dem glücklichen Moment, in dem sie erfuhr, dass sie tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommt. »Wenn ich abends nach Hause komme, weiß ich, ich habe den richtigen Beruf für mich gefunden«, sagt die 20-Jährige.

So führt das Kosten-Nutzen-Denken, von dem der Jugendforscher Hurrelmann spricht, zu einer ganz neuen Form des Gebens und Nehmens: Die Jugendlichen geben ihr Engagement – und bekommen dafür Bildung. Mittlerweile kommt kaum noch ein FSJ-Programm ohne ein umfangreiches Spektrum an Fortbildungskursen für die Freiwilligen aus. Bei der Diakonie Württemberg zum Beispiel können die Jugendlichen aus Dutzenden Kursen wählen, von der Selbstverteidigung bis zu Goldschmiedearbeiten, inklusive aller Seminare kommen sie in ihrem FSJ-Jahr auf sage und schreibe einen Monat Kurse.

Die Kurse helfen dabei, die traditionell unter Abiturienten besonders beliebten Freiwilligendienste auch unter Jugendlichen ohne Hochschulreife populär zu machen. Dass Ministerin Schröder auch diesen Teil des FSJ-Konzepts kopieren will, ärgerte die Sozialverbände ebenfalls. Sie fordern, das Geld des Bundes lieber in den Ausbau der bestehenden Freiwilligendienste zu stecken, anstatt Parallelstrukturen aufzubauen. Schröder verspricht jetzt, dass auch die Freiwilligendienste nicht zu kurz kommen werden – ein Kompromiss deutet sich an, der die Sozialverbände zufriedenstellen könnte. Fest steht: Nie war die Gelegenheit so günstig, aus einer Not eine Tugend zu machen, den Abschied vom Zivildienst

zu nutzen, um eine neue Kultur der Freiwilligkeit zu etablieren. Eine Kultur der Freiwilligkeit, die nicht auf Selbstlosigkeit baut, sondern auf den gesunden Eigensinn derjenigen, die sich engagieren wollen. Die ihnen in Zeiten von Schulzeitverkürzung, Turbostudium und Ausbildungswirrung ein sozial akzeptiertes Angebot zum Innehalten macht. Die Passung zwischen gesellschaftlicher Notwendigkeit und den Bedürfnissen der Jugendlichen scheint perfekt. Eine derart dynamische Kultur, so viel ist klar, hätte auch das Potenzial, in andere Altersgruppen auszustrahlen. Und tatsächlich will Ministerin Schröder ihren freiwilligen Zivildienst für alle Generationen öffnen – ein Experiment mit ungewissem Ausgang.

Dabei mag es manchen erleichtern, dass sich auch unter den neuen Freiwilligen nicht jedes Engagement mit eigennützigen Motiven erklären lässt. Ja, es gibt ihn noch, den Dienst am anderen um des anderen willen. Zum Beispiel im Kindergarten Weiherhag in Ruit-Ostfildern. Auf dem Teppich neben dem kleinen Emil hockt Hoang Bui, der seinen Zivildienst freiwillig gegen das längere FSJ eingetauscht hat. In ein paar Wochen wird er Wirtschaftswissenschaft in Tübingen studieren, jetzt aber bastelt der 20-Jährige mit dem 2-Jährigen an einer überdimensionierten Holzeisenbahn, sie stecken Schiene an Schiene, dazwischen eine Brücke, ab und zu verläuft die Strecke auf Andreas' Wunsch auch durch ein Haus. »Heute kannst du dich noch mal richtig austoben!«, ruft eine Erzieherin zu Hoang Bui hinüber, der lächelt und weiß keine Antwort auf die Frage, was ihm diese Erfahrung für seinen späteren Beruf bringen soll. »Kommt es darauf an?«, fragt er, inzwischen umringt von einem halben Dutzend Jungs.

Nein, tut es nicht. Aber wenn doch, ist es auch nicht so schlimm.

Ob's stürmt oder schneit - zu allem bereit

Immer mehr junge Leute absolvieren Freiwilligendienste. Die Bundeswehrreform könnte den Trend verstärken.

Von Sarah Engel

KIEL, im September. Der Wind pfeift durch die Bäume, die Blätter rascheln. Es ist ein trister, grauer Vormittag. Nur das Kindergeschrei beweist, dass sich nicht alle Bewohner vor dem aufkommenden Sturm in ihre Häuser verkrochen haben. Eine Gruppe von Kindern spielt auf einer großen grünen Wiese im Projensdorfer Gehölz. Sie tragen Gummistiefel, Regenjacken, Mützen. Inmitten der für Wind und Wetter gerüstenen Meute steht Katja Nikolaeva aus Archangelsk.

Seit gut einem Monat lebt sie in Deutschland, um ein Freiwilliges Ökologisches Jahr zu absolvieren. Im Waldkindergarten des Vereins für Pädagogische Initiativen und Kommunikation möchte Katja sozial arbeiten. Einen Tag lang war sie von der russischen Küstenstadt in den Norden Deutschlands unterwegs, erzählt sie lachend. Ihr Deutsch ist gut. Seit der zweiten Klasse lernt sie ihre erste Fremdsprache. An der Universität besucht sie auch heute noch Kurse, mit 21 Jahren.

Schon seit ihrer Kindheit liebt sie die Natur und die Tiere. Mit sechs Jahren wurde sie Vegetarierin, als Jugendliche arbeitete sie im städtischen Tierheim. Jetzt, als Studentin der Rechtswissenschaften, setzt sie sich auch für die Rechte von Kindern ein. Im letzten Jahr engagierte sie sich für eine russische Kinderschutzorganisation: "Oft kommen die Kinder in meiner Heimat aus miserablen Verhältnissen und erhalten keinerlei Förderung. Selbst in unseren Kindertagesstätten können wir sie nicht ausreichend unterstützen. Es fehlt leider an Zeit und Geld."

Die junge Russin ist dankbar für die Chance in Deutschland und für die Unterstützung ihrer Familie: "Meine Kommilitonen beneiden mich um diese Erfahrung. Da man für das Freiwillige Ökologische Jahr nur eine kleine Entlohnung bekommt, müssen sich viele auf die finanziellen Mittel ihrer Familien verlassen. Das erschwert den Jugendlichen die Entscheidung für ein Freiwilligen-Jahr, da sie ihre Familien nicht belasten wollen."

In Kiel kann Katja noch etwas lernen. Der Waldkindergarten besteht aus einer

kleinen Gruppe von 16 Kindern, die den gesamten Vormittag draußen verbringen - nur ein kleiner Bauwagen dient als Aufbewahrungsort für Spiele und Bücher. "Das war zu Beginn schon ein komisches Gefühl, wenn ich mein Frühstücksbrot im Regen essen musste", sagt Katja Nikolaeva. "Aber ich habe mich schnell daran gewöhnt. Ob es stürmt oder regnet, die Kinder haben immer Spaß draußen. Daran habe ich mir ein Beispiel genommen."

Von den Kindern lernen - das hatte sie sich kaum vorgestellt, bis die Kleinen ihr offen und freundlich fremde Begriffe erklärten. Der Unterricht von unten nach oben ist ein Zeichen dafür, was das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) für sie bedeutet. Sie verbessert ihr Deutsch, sammelt Erfahrungen in sozialer Arbeit und ökologischem Engagement: "Für mich ist dies eine ganz besondere Erfahrung", sagt Katja. "Ich lebe das erste Mal in einem fremden Land, kann meine Fremdsprachenkenntnisse erweitern und leiste auch noch einen sozialen Beitrag."

Mit diesen Erfahrungen ist sie nicht allein. Das Freiwillige Ökologische und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) boomen. Marianne Schmidle vom Deutschen Caritasverband sagt, dass viele Jugendliche Erfahrungen im sozialen Bereich sammeln möchten: "Deshalb entscheiden sich heute viele für einen Freiwilligendienst." Jährlich können rund 4500 Jugendliche mit Hilfe des katholischen Trägers ein FSJ absolvieren - in Kindergärten, Altenheimen oder Krankenhäusern, unabhängig von ihrer Religion. "Das FSJ soll eine Chance für alle jungen Menschen sein", sagt Schmidle bestimmt.

Es könnte jedenfalls eine Chance werden für noch mehr junge Leute. Denn weil die Wehrpflicht ausgesetzt werden soll, hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) Pläne für einen Jugend-Freiwilligendienst vorgelegt. Die Bundesländer wiederum bangen nun um das FSJ und FÖJ. Im Bundesrat schlägt Rheinland-Pfalz daher vor, die bestehenden Dienste fortzuführen und einen einheitlichen "Freiwilligen Sozialen Dienst" zu schaffen. Bayern möchte eine Gleichstellung der bestehenden Freiwilligendienste der Länder mit dem geplanten Freiwilligen-

dienst des Bundes.

Hinrich Goos vom Nordelbischen Jugendwerk Koppelsberg, der auch Katja Nikolaeva betreut, sieht die Idee des Jugend-Freiwilligendienstes kritisch. Die Träger des FÖJ seien der Meinung, dass aus einer Neugestaltung des Freiwilligendienstes eine Konkurrenzsituation entstehen könnte. Nur wenn ein einheitlicher gemeinschaftlicher Dienst entstehe, der die gleichen Rahmenbedingungen für Teilnehmer und gerechte Förderung für die Träger mit sich bringe, könnte man sich mit der Umstrukturierung anfreunden. "Schließlich kommt es besonders auf die Qualität an, wenn man mit Menschen zusammenarbeitet."

Wer sich für einen Freiwilligendienst interessiert, sollte mindestens 16 Jahre alt sein und Lust darauf haben, mit Menschen zu arbeiten. Das Jahr sollte aber nicht die Wartezeit bis zum Studium überbrücken. "Als junger Mensch sollte man sich in diesem Jahr für Hilfbedürftige einsetzen, soziale Erfahrungen sammeln und sich auch beruflich orientieren", meint Marianne Schmidle. "Schließlich sieht man am besten in der Praxis, ob man für einen sozialen Beruf, der starke Nerven verlangt, gewappnet ist."

Starke Nerven hat auch Raphael Schäffer aus Kiel - das weiß er seit seinem halbjährigen Einsatz in Ghana. Nach einem dreimonatigen Krankenpflegepraktikum entschied er sich für ein freiwilliges Engagement im Norden Ghanas. Der Wehrdienst bleibt ihm erspart, da seine beiden älteren Brüder ihn bereits absolvierten. Außerdem findet er, dass man niemanden zum Dienst an der Waffe zwingen sollte. Die aktuelle Debatte rund um die Ersetzung des Pflichtdienstes bei der Bundeswehr durch ein soziales Engagement beurteilt er positiv. Mit der Wehrpflicht, so meint er, erziehe man Jugendliche zur Gewalt. Die Aussetzung der Wehrpflicht, der Umbau der Bundeswehr zur Freiwilligenarmee und eventuell die Stärkung der freiwilligen Dienste findet er gut.

In der Nähe der Stadt Tamale verbrachte der gebürtige Hamburger vor zwei Jahren sechs Monate in einem District Hospital. Diese Krankenhäuser verfügen

über geringe medizinische Kapazitäten und werden meist von nur wenigen Ärzten geleitet. "Die Einrichtung hatte sich auf Entbindungen und Tropenkrankheiten spezialisiert. Da unser Krankenhaus an einer großen Straße lag, mussten wir uns jedoch auch sehr oft um Unfallopfer kümmern." Es fehlte an Röntgengeräten, Intensivstation und Krankenwagen. "Bei schlimmen Verkehrsunfällen mussten die Opfer auf dem Parkplatz behandelt werden, da wir über zu wenige Betten verfügten. Außerdem versammelte sich immer das ganze Dorf im Krankenhaus, so dass man nie wusste, wer nun Patient, Angehöriger oder Schaulustiger war."

Raphael Schäffer hat die Bilder und Erlebnisse immer noch im Kopf. In seinem Freiwilligendienst bildete er sich nicht nur fachlich weiter. Er engagierte zum Beispiel mit Kollegen einen Tischler, der Schienen für Knochenbrüche

anfertigte - zuvor hatten Krankenpfleger Tische zersägt, um schwierige Brüche zu schienen. Er schulte die Angestellten mit seinem Wissen aus dem Krankenpflegepraktikum. Viele Hilfsmöglichkeiten seien aber von der Bevölkerung nicht angenommen worden - Medizinmänner und Wunderheiler dominierten die Dörfer und Stämme. Außerdem sind viele Familien nicht krankenversichert und können sich den Aufenthalt in einem Krankenhaus nicht leisten. "Somit werden die Familienmitglieder zu einer Art Versicherung: Wenn jemand schwer krank wird, müssen alle ihre Ersparnisse zusammenlegen, um zu helfen. Doch das wird zur finanziellen Belastung der gesamten Gemeinschaft."

Trotz der bedrückenden Erfahrungen blickt Raphael Schäffer positiv auf seine Zeit in Afrika zurück, eine praktische Erfahrung, die noch zwei Jahre später seinen universitären Alltag ergänzt, weil

er weiß, dass in schwierigen Situationen eine angemessene ärztliche Behandlung garantiert sein muss. "Aber jeder FSJ-Bewerber sollte sich sehr gut überlegen, ob er ohne praktische Vorkenntnisse dieses Wagnis auf sich nehmen möchte." Inzwischen ist sich Raphael Schäffer sicher, dass er weiter in Entwicklungsländern ärztlich aktiv sein möchte. Das nächste Ziel des Dreiundzwanzigjährigen ist Lateinamerika.

Auch Katja Nikolaeva hat sich inzwischen eingelebt. Obwohl sie manchmal immer noch großes Heimweh überkommt und sie sehnstüchtig an ihre Familie denkt, ist sie stolz, den Schritt nach Deutschland gewagt zu haben: "Ein Jahr in der Fremde ist wirklich eine lange Zeit. Aber ich bin glücklich, dass ich es gemacht habe. Denn aller Anfang ist schwer, aber am Ende geht es darum, über sich selbst hinauszuwachsen."

Kampf um Freiwillige

Kippt die Wehrpflicht, endet auch
der bisherige Zivildienst. Vielen
sozialen Einrichtungen fehlen schon
jetzt die Mitarbeiter.

In einem kleinen Büro am Düsseldorfer Fürstenwall sitzt Thomas Undorf und brütet über den Dienstplänen seiner neun Zivildienstleistenden. Sie fahren Essen aus und kümmern sich im Hausnotrufdienst um die, die nachts aus dem Bett gefallen sind oder Atemnot bekommen.

Aber wie lang noch? Wenn der Zivildienst mit der Wehrpflicht kippt, ist Undorfs Malteser-Notrufdienst mit derzeit tausend Kunden in Gefahr. Im Moment wird er fast komplett über die Zivis abgedeckt. „Wir sind auf sie angewiesen“, sagt er.

Berlin-Neukölln, ein Backsteinhaus in einem grünen Innenhof: Im Jugendclub „Die Scheune“ können Kinder nach der Schule spielen oder Hausaufgaben machen, betreut von Ghade Al-Wakeel. Die 19-Jährige hat hier gerade ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) begonnen; wenn es ihr gefällt, will sie danach eine Ausbildung zur Heimerzieherin machen. 240 Euro im Monat bekommt sie als Taschengeld. „Das ist nicht viel, aber immerhin mehr als bei einem unbezahlten Praktikum“, sagt sie.

Leute wie Ghade Al-Wakeel werden künftig scharenweise gesucht. Denn mit der geplanten Aussetzung des Wehrdienstes endet auch der Zivildienst in seiner bisherigen Variante: Es beginnt das Zeitalter der Freiwilligen.

Geht es nach Familienministerin Kristina Schröder (CDU), wird der alte Zwangsdienst für junge Männer künftig schlicht durch einen freiwilligen Zivildienst ersetzt. 35 000 Plätze soll es geben, offen für Männer und Frauen, ganz egal ob 16 oder 60 Jahre alt. Start: 1. Juli 2011. Er soll die Einschnitte bei den sozialen Einrichtungen zumindest zum Teil auffangen. Ihr Motto: Freiwillige vor!

Doch so einfach, wie Schröder hofft, wird es nicht. Im Sozialstaat droht nun eine Doppelstruktur mit zwei freiwilligen Dienstarten zu unterschiedlichen Konditionen. Die neuen Zivildienstleistenden sollen nach den bisherigen Plänen rund doppelt so viel Geld bekommen wie Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). So entsteht eine neue Konkurrenz auf dem Freiwilligenmarkt. Schröders Plan führt zu einem Machtkampf um Kompetenzen, Geld und Freiwillige.

Niemand weiß zudem, wie groß das Interesse an freiwilligem Engagement überhaupt noch sein wird. Werden die

Zivis, zuletzt gab es 90 000 Einberufungen pro Jahr, wirklich problemlos ersetzt, wenn künftig jeder Zwang entfällt? Und was passiert mit dem Bundesamt für den Zivildienst und seinen tausend Mitarbeitern? Vor allem die 630 Millionen Euro, die der Dienst in diesem Jahr kostet, wecken Begehrlichkeiten.

Bedroht fühlen sich vor allem die Verfechter des FSJ. Der Bund unterstützt bisher nur zwei Drittel der fast 40 000 jungen Freiwilligen – in der Regel mit einem Bildungszuschuss von 72 Euro pro Monat und Teilnehmer. Trotzdem sollen sie vom 630-Millionen-Etat des alten Zivildienstes nur einen Bruchteil bekommen: gut 55 Millionen Euro und damit 20 Millionen mehr als bisher versprochen.

Der Löwenanteil, 300 Millionen Euro, soll in den neuen, freiwilligen Zivildienst fließen. Der Rest wird eingespart – so die aktuelle Planung. Selbstverständlich erhalten bleiben soll indes das Bundesamt für den Zivildienst. Die Familienministerin möchte mit der ihr unterstellt Behörde ihren Einfluss wahren. Die Wohlfahrtsverbände wie die Caritas wollen dagegen die Gelegenheit nutzen, um ihre Unabhängigkeit auszubauen. Sie pochen auf die Trägerautonomie und schielen ebenfalls auf das nun frei werdende Geld. Schließlich möchten sie ihre bisherigen Zivi- und FSJ-Stellen weiter mit billigen Arbeitskräften besetzen.

Was also soll geschehen? Stundenlang verhandelten am vergangenen Mittwoch die Vertreter der Sozialverbände mit Schröders Leuten im Familienministerium über „Eckpunkte für die Einführung eines freiwilligen Zivildienstes“. Zentrale Idee dabei ist ein Koppelungsmodell: Wer künftig als Verband einen besser bezahlten Zivildienstleistenden haben will, muss eben auch einen schlechter bezahlten FSJler nehmen.

Die Verbände überlegen, wie das im Alltag aussehen kann. Beliebte Stellen wie Kinderbetreuung würden demnach für schlecht bezahlte FSJler reserviert. Besser bezahlte Freiwilligen-Zivis dagegen würden gleich in die anstrengendere Altenpflege geschickt.

Der Nachwuchs hätte also die freie Wahl, wie er fortan Gutes für die Gesellschaft tut. Aber will er das überhaupt? Jugendliche seien, so die neue Shell-Ju-

gendstudie, durchaus bereit, sich zu engagieren, je gebildeter und privilegierter, desto mehr. Doch sie sind auch wahlrissch. Die Arbeiterwohlfahrt etwa, bei der Ghade Al-Wakeel ihr FSJ leistet, konnte von 500 Stellen in Berlin und Brandenburg nur 350 besetzen. Vor allem für den anstrengenden Einsatz in Pflegeheimen gab es einfach nicht genügend Bewerber.

An vielen Stellen im Sozialwesen fehlt es schon jetzt an Geld und Arbeitskräften, der Wegfall des Pflicht-Zivildienstes würde das Problem nochmals verschärfen. 1,8 Milliarden Euro würde es kosten, die alten Zivi-Stellen durch ausgebildete Pflegekräfte zu ersetzen. So hat es der Bundesbeauftragte für den Zivildienst seiner Ministerin vorgerechnet. Branchenvertreter wie der Berliner Landesgeschäftsführer des DRK, Andreas Bode, fordern deshalb eine Kurskorrektur: Das Freiwillige Soziale Jahr müsse deutlich besser finanziert werden, sagt er, allerdings ohne die steifen Strukturen des Bundesamts für den Zivildienst. „Die Behörde verschlingt so viel Geld“, sagt Bode, „das sollte man lieber zur Unterstützung der Dienste verwenden.“

Auch aus den Gewerkschaften kommt Kritik, sie fürchten eine Ausweitung des Niedriglohnsektors. „Es ist ein Skandal, wenn gerade mühsam ein Mindestlohn von 8,50 Euro im Westen und 7,50 Euro im Osten für Pflegehilfskräfte eingeführt wurde, nun aber die Bundesregierung hingehet, um mehr als 30 000 Hilfskräfte für 3,75 Euro pro Stunde zu beschäftigen“, klagt Ver.di-Chef Frank Bsirske.

In den Bundesländern regt sich gleichfalls Widerstand gegen Schröders Pläne. Rheinland-Pfalz hat bereits ein Konzept für einen „Freiwilligen Sozialen Dienst“ erarbeitet. Es sieht eine Zusammenlegung von Zivildienst und Jugendfreiwilligen-

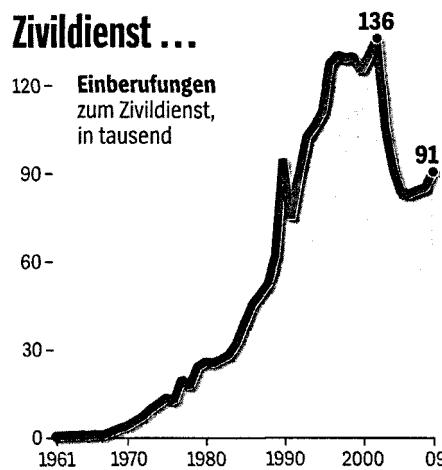
diensten vor, ein Entgelt „mindestens in Höhe der Eingangsstufe der Ausbildungsvergütung (...) im öffentlichen Dienst“ und ein Bonussystem, das etwa Vorteile bei der Rentenberechnung verspricht. Am 15. Oktober soll der Bundesrat darüber beraten.

Für Probleme sorgt das voraussichtliche Ende von Wehr- und Zivildienst schließlich bei den Universitäten und auf dem Lehrstellenmarkt. Sobald die Wehrpflicht fällt, müssen sie früher als gedacht einen Ansturm von Schulabgängern bewältigen, die dann nicht mehr in Kasernen und Altersheimen anrücken müssen.

„Wir haben ohnehin einen Studienanfängerberg und setzen nun womöglich noch eine Spitze obendrauf“, sagt der Statistik-Fachmann Ulrich Meyer zu Hörste aus der Hamburger Wissenschaftsbehörde. In den nächsten Jahren werden so viele junge Leute wie noch nie ein Studium aufnehmen, auch weil in den großen Bundesländern nun zwei Jahrgänge gleichzeitig das Gymnasium verlassen: die einen nach neun, die anderen nach acht Jahren. 2011 ist es in Bayern und Niedersachsen so weit, 2012 in Baden-Württemberg, 2013 in Nordrhein-Westfalen. Die Konkurrenz in begehrten Fächern wird sich dann weiter verschärfen – mancher Abiturient könnte trotz guter Noten seinen Wunsch-Studienplatz nicht bekommen.

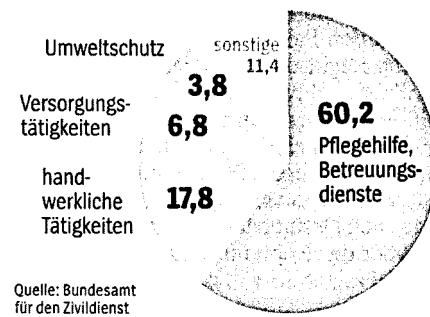
Mit „Verdrängung“ rechnet Joachim Ulrich vom Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn auch bei den Lehrstellen. Das sei zwar tendenziell gut für die Firmen, die hätten dann mehr Auswahl – aber nachteilig für schwächere Bewerber. Schon jetzt gelangten Jugendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen nicht „so rasch in eine Berufsausbildung, wie dies wünschenswert wäre“.

MARKUS DEGGERICH,
SEBASTIAN ERB, JAN FRIEDMANN,
MIRIAM OLBRISCH, MARKUS VERBEET



Zivildienst ...

Tätigkeiten von Zivildienstleistenden, in Prozent
Stand: 1. September 2010



Hängenbleiben an immer denselben Hürden

Im Sommer wird stets gerne das Pflichtjahr aufgebracht, doch es wäre im Ernstfall kaum zu realisieren

Von Matthias Drobinski und Charlotte Frank

Peter Müller findet die Idee gut, Roland Koch auch. Forderungen nach einem sozialen Pflichtjahr sind derzeit, da mit der Wehrpflicht auch der Zivildienst an sein Ende zu kommen scheint, populär – vor allem in der Union. Es hat aber auch schon einmal Peer Steinbrück von der SPD für eine Dienstpflicht für alle plädiert, es gab auch Kreisverbände der Grünen, die entsprechende Anträge auf Parteitagen stellten, wenn auch erfolglos. Die Idee von der allgemeinen Dienstpflicht lebt in allen Parteien.

Sie klingt ja auch zunächst einleuchtend: Der Staat tut viel für die jungen Bürger – warum sollen die nicht nach der Ausbildung oder dem Abitur der Gemeinschaft etwas zurückgeben? Warum sollen nicht künftige Betriebswirtinnen oder Schreiner ein Jahr lang Alte und Kranke betreuen, in Jugendeinrichtungen helfen, Krötentunnel graben? Fünfzig Jahre Zivildienst haben gezeigt, wie wichtig dieser Dienst für die Allgemeinheit ist – so wichtig, dass am Ende eines der stärksten Argumente gegen die Abschaffung der Wehrpflicht war, dass dann auch der Zivildienst wegfallen würde.

Trotzdem sprechen so viele Argumente gegen eine allgemeine Dienstpflicht, dass diese wohl nie kommen und die aktuelle Debatte so ergebnislos enden wird wie alle vorigen. Eine Dienstpflicht widerspricht dem Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention, seine Einführung wäre teuer, und ausgerechnet die Wohlfahrtsverbände, die am ehesten von einem solchen Dienst profitieren würden, lehnen ihn ab und fordern stattdessen die Förderung ihrer Freiwilligendienste.

Eine Regierung, die einen Pflichtdienst für alle einführen wollte, müsste also wohl erst einmal das Grundgesetz ändern. Dort heißt es zwar im Artikel 12, niemand könne "zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht." Das klingt nach einem Spielraum, die Hürde ist aber das Wort "herkömmlich" – die Verfasser des Grundgesetzes wollten nach den schlechten Erfahrungen mit der Dienstpflicht unter den Nationalsozialis-

ten gerade nicht, dass der Staat einfach irgendwelche Dienste neu einführt, sondern lange bestehende Pflichten bei Feuerwehr oder Deichschutz sichern.

Würde der Bundestag mit Zwei-Dritt-Mehrheit das Wort "herkömmlich" streichen, bliebe als nächstes Hindernis die völkerrechtlich bindende Europäische Menschenrechtskonvention, die Zwangs- und Pflichtarbeit verbietet – Ausnahmen gibt es nur für den Wehr- und Ersatzdienst und bei Notlagen und Katastrophen. Schon 2003 kam ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zu dem Ergebnis, dass eine allgemeine Dienstpflicht gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstossen würde. Die Gefahr eines Weltkriegs rechtfertigte die Wehrpflicht und damit den Zivildienst, doch Pflege-Engpässe genügen nicht, um einen Zwangsdienst zu begründen.

Selbst wenn die deutschen und europäischen obersten Gerichte überraschend der Minderheitenmeinung unter den Juristen folgen und die Dienstpflicht doch für rechtens erklären würden – dieser neue Dienst würde die Deutschen teuer zu stehen kommen. Es ist anzunehmen, dass ein junger Erwachsener im sozialen Pflichtjahr etwa das Gleiche kosten würde wie heute ein Wehr- oder Zivildienstleistender; das sind ungefähr 15 000 Euro im Jahr. Selbst wenn von den geschätzten 800 000 jungen Männern und Frauen eines Jahrgangs nur 500 000 neu untergebracht werden müssten, wären das allein 7,5 Milliarden Euro Lohnkosten. Die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer geht von zwölf Milliarden Euro Zusatzkosten aus, und der Volkswirt Wolf Schäfer von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg spricht gleich von mehr als 20 Milliarden Euro jährlichen Kosten, rechnet man die entgangene Produktivität der jungen Dienstleistenden hinzu. "Die allgemeine Dienstpflicht ist deshalb ein Institut höchster Ressourcenverschwendungen", urteilt er.

Angenommen, eine Regierung wäre auch durch die Kostenfrage noch nicht entmutigt, weil sie von der volkspädagogischen Notwendigkeit dieses Dienstes überzeugt wäre – diese Regierung würde auf Undank stoßen. Die Wohlfahrtsverbände, vermeintlich die größten Profi-

teure der Hunderttausenden jungen Helfer, lehnen diesen Dienst durch die Bank ab. Schon 2004 haben sie gemeinsam erklärt, die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht hielten sie "nicht nur für völkerrechtswidrig, sondern auch für einen grundsätzlich falschen Weg, Eigeninitiative, Gestaltung und Beteiligung aller Altersgruppen in der Zivilgesellschaft zu fördern". Der Erklärung schlossen sich mehrere Bundesministerien und Landesregierungen an – unter anderem die von Hessen. Deren Ministerpräsident hieß übrigens schon damals: Roland Koch.

An der Ablehnung von damals hat sich nichts geändert, sagt Peter Neher, der Präsident des deutschen Caritasverbandes, der Süddeutschen Zeitung: "Es liegt nicht im Interesse der Caritas, einerseits um junge Leute zu werben, die ein soziales Jahr freiwillig leisten, und gleichzeitig dann einen teuer finanzierten zivilen Dienst zu unterstützen." Die Verbände sehen, dass sie ein Pflichtdienst strukturell überfordern würde – 500 000 bis 700 000 Pflichtdienstleistende müssten irgendwo untergebracht werden – schon bei 200 000 dürften die jetzigen Zivildiensträger an ihre Grenzen stoßen. In die Kliniken, Jugendzentren oder Pflegeheime strömen dann auch zahlreiche 19-Jährige, die eigentlich keine Lust auf Sozialarbeit haben – eine Horrorvorstellung für viele Einrichtungsleiter, die nur Ärger mit den unwilligen Unfreiwilligen fürchten.

Stattdessen werben der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Diakonie oder die Caritas für den Ausbau der Freiwilligendienste, von denen sie manche schon seit Jahrzehnten anbieten: das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr zum Beispiel. So lehnt Neher auch den von Familienministerin Schröder vorgeschlagenen freiwilligen Zivildienst ab: "Wir würden mehr davon profitieren, wenn die Regierung die bewährten Freiwilligendienste ausbauen würde. Es gibt keinen Grund, warum daneben ein Zivildienst unabhängig von der Wehrpflicht aufgebaut werden sollte." Allein 37 000 Plätze gibt es derzeit, jedes Jahr gibt es mehr Bewerber als freie Stellen. "Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind durchaus in der Lage, das Angebot kurzfristig auf 60000 auszubauen, wenn

uns die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden.“

Da allerdings zeigt die Politik bislang wenig Bereitschaft – angeblich ist eine

Förderung durch zusätzliche Bundesmittel der bislang vor allem von den Ländern unterstützten Freiwilligendienste rechtlich nicht möglich. Verglichen mit den Problemen des Zwangsdienstes

wäre dies aber vielleicht doch der leichtere Weg.

Man müsste erst einmal das Grundgesetz ändern.

Kritik am freiwilligen Zivildienst geübt

Reform Mehrere Sozialverbände warnen die Familienministerin vor einer Schwächung ihrer bestehenden Angebote.

Die Pläne der Bundesregierung für einen freiwilligen Zivildienst stoßen bei Sozialverbänden und Hilfsorganisationen auf Kritik. Der Caritasverband und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) lehnen einen staatlich organisierten Freiwilligendienst als zweite Säule neben den bestehenden Angeboten ab. Auch die FDP warnt vor Doppelstrukturen.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) will sich für einen freiwilligen Zivildienst einsetzen, falls die Wehrpflicht ausgesetzt wird. Der Zivildienst soll für Frauen und Männer offen stehen. Staatliche Zivildienststrukturen als Parallelstruktur seien nicht sinnvoll, sagte Caritas-Präsident Peter Neher. Das freiwillige soziale Jahr (FSJ) habe sich in seiner Struktur bewährt. Schon jetzt übersteige die Nachfrage nach Plätzen das Angebot bei weitem. Ein freiwilliger Zivildienst neben dem freiwilligen sozialen Jahr sei unnötig, wenn in die bestehenden Freiwilligendienste investiert werde.

Das Konzept von Schröder werfe mehr Fragen auf, als es Antworten gebe, sagte der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt

(Awo), Wolfgang Stadler. Die Jugendfreiwilligendienste könnten dadurch geschwächt werden. Es entstehe der Eindruck, dass dem Bundesamt für Zivildienst eine Art Bestandsschutz eingeräumt werde und ihm neue Aufgaben zugewiesen würden, die bisher von unabhängigen Sozialverbänden wahrgenommen wurden, kritisierte der Verband.

Das Deutsche Rote Kreuz erklärte, bei Schröders Modell müsse darauf geachtet werden, dass die Verantwortung für freiwilliges Engagement bei den zivilgesellschaftlichen Trägern verankert bleibe. Die Johanniter-Unfall-Hilfe begrüßte die Initiative der Familienministerin, die freiwilligen Dienste auszuweiten. Die Koexistenz eines freiwilligen Zivildienstes mit dem FSJ sei jedoch problematisch, sagte ein Verbandssprecher. Damit der freiwillige Zivildienst nicht in Konkurrenz zum FSJ trete, sei zu klären, wie das Freiwillige Soziale Jahr attraktiver gemacht werden könne. Schröder sieht für den freiwilligen Zivildienst ein Einkommen von rund 500 Euro monatlich vor. Im FSJ werden Schultheis zufolge in der Regel 200 bis 250 Euro plus

Fahrtkosten gezahlt.

Das größte diakonische Unternehmen Europas, die von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel, sehen in einer möglichen Abschaffung des Zivildienstes keine Bedrohung. „Wir stellen uns schon länger auf diese Entwicklung mit unserem Betheljahr ein“, sagte Sprecher Jens Uwe Garlichs. In Bethel gebe es rund 80 Zivildienstleistende. Das freiwillige „Betheljahr“ sei hingegen von 220 auf 280 Plätze aufgestockt worden. Beworben hätten sich mehr als 500 Interessenten.

Die Präsidentin der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, Margot Käßmann, hält die geplante Wehrdienst- und Zivildienstreform für sinnvoll. „Ich finde das einsichtig und notwendig“, sagte sie. „Die Zukunft liegt in der Freiwilligkeit, sowohl beim Wehrdienst als auch beim freiwilligen sozialen Jahr“, unterstrich die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche. Derzeit leisteten bei einem Jahrgang von 480 000 jungen Männern nur rund 73 000 Wehrdienst und 75 000 Zivildienst.epd

Kostspielige Lückenfüller

Freiwilligendienste klagen über schlechte Finanzierung

München – Die deutschen Jugendlichen engagieren sich gerne und viel, schon heute leisten mehr als 37 000 Schulabgänger ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr. Glaubt man den Sozialverbänden, könnten es sogar zwei bis dreimal mehr sein – so viele Bewerber konkurrieren regelmäßig um einen Platz. Die Multiplikation ist allerdings reine Theorie. Denn die Freiwilligenplätze sind teuer, den Trägern fehlt schlicht das Geld, mehr Stellen anzubieten. "Der Zivildienstleistende war immer die günstigere Lösung", erklärt Martin Schulze, der Sprecher der Bundesarbeitskreises FSJ. Solange die Freiwilligendienste nicht finanziell besser ausgestattet würden, seien sie deshalb keine Alternative.

Ein Rechenbeispiel des Bundesverbands Diakonie macht das Problem deutlich: Ein Zivildienstleistender kostet die

Wohlfahrtsverbände im Durchschnitt 652 Euro im Monat. Ein Teilnehmer am FSJ aber kostet mit 1125 Euro fast das Doppelte. Diese ungleiche Verteilung liegt vor allem an der schlechteren Bezahlung der Freiwilligendienste. Während der Bund etwa ein Drittel der Kosten aller 90 000 Zivildienstplätze übernimmt, zahlt er bei den Freiwilligenplätzen einen deutlich kleineren Teil hinzu. Zudem werden von den aktuell 37 000 Freiwilligenstellen gerade mal 25 000 kofinanziert. "Wenn sich daran etwas ändert, könnten wir bis zu 60 000 Stellen anbieten, ohne unsere Verwaltung ausbauen zu müssen", sagt Schulze.

Einerseits schließt eine solche Aufstockung aber nicht die Lücke, die 90 000 Zivildienstleistende hinterlassen, andererseits zweifeln einige daran, ob sich wirklich so viele Stellen besetzen

lassen: Das Interesse am Freiwilligendienst dürfte regional sehr unterschiedlich sein. In Berlin und anderen Ballungszentren sei es sehr hoch, sagt eine Sprecherin des Paritätischen Gesamtverbandes. Anders könnte das dagegen in ländlichen Gegenden aussehen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und andere Träger plädieren deshalb dafür, im Falle einer Aussetzung der Wehrpflicht eine Übergangszeit von zwei bis drei Jahren zu schaffen, die es zwischen Beschluss und Inkrafttreten der Aussetzung geben soll.

Das allerdings dürfte der Bundesregierung nicht passen, weil sie dann wohl nicht mehr den kurzfristigen Sparzielen gerecht werden kann. Bis zum Jahr 2014 soll das Verteidigungsministerium 8,3 Milliarden Euro einsparen.

chf, std

Es geht auch ohne Zivis

Das Land braucht Zivildienstleistende für soziale Dienste, heißt es immer wieder.

Doch das stimmt gar nicht. Ökonomisch betrachtet, richtet der Ersatzdienst sogar beträchtlichen Schaden an

**Von Anette Dowideit
und Tobias Kaiser**

von der LEBENSHILFE hat Pia Schirrmacher das erste Mal vor ein paar Monaten gelesen, auf einem Aushang in ihrer Schule. Dort warb der Verein, der Behinderte betreut,

um junge Leute, die soziale Arbeit leisten wollen. Seit drei Wochen arbeitet die 19-Jährige nun in der Behindertenwerkstatt im westfälischen Lübbecke. Sie hilft sieben Menschen, Schrauben zu sortieren und diese in kleine Tüten zu stecken. Eine Arbeit, die früher ein Zivildienstleistender gemacht hat. Pro Monat bekommt sie 401 Euro Gehalt – bezahlt von der Lebenshilfe. Den Sold für einen Zivi dagegen zahlt zu zwei Dritteln der Staat.

Das Beispiel der Lebenshilfe könnte Schule machen, denn der Zivildienst wird womöglich hierzulande bald der Vergangenheit angehören. Denn ohne Wehrpflicht fiele automatisch die Pflicht zum Wehfersatzdienst weg. Dabei hat sich der einst als Ausnahmefall gedachte Zivildienst in der Debatte längst zu einem Kernargument für den Erhalt der Wehrpflicht entwickelt. Zehntausende Zivis betreuen Alte, fahren Essen aus, transportieren Kranke und helfen Behinderten. Und da der Staat sie mitfinanziert, sind sie billig für Krankenhäuser oder ambulante Dienste.

Ohne Zivildienstleistende sei der Pflege- und Sozialdienst angesichts stark steigender Zahlen von Alten und Pflegebedürftigen nicht mehr zu finanzieren, sagen manche der Zivi-Arbeitgeber. Der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnet vor, dass es allein 500 Millionen Euro

kosten würde, die 30 000 Zivis in Altenpflegeheimen und Betreuungsdiensten durch reguläre Arbeitskräfte zu ersetzen. Das sei nicht zu stemmen, sagt Abteilungsleiter Thomas Niermann: „Es ist finanziell unmöglich, dass die Sozialverbände den Wegfall mit hauptamtlichen Mitarbeitern auffangen. Wir werden den Ausgleich über Minijobber, Freiwillige und junge Leute im Freiwilligen Sozialen Jahr schaffen müssen.“

Nur wenn der Staat auch künftig die Arbeitskräfte subventioniert, kann eine angemessene Versorgung unserer Alten und Kranken gewährleistet werden, lautet der Tenor der Träger. Andernfalls drohe der Kahlschlag: Besuchsdienste, Essen auf Rädern, die Betreuung Behindter Menschen stünden vielerorts vor dem Aus.

Doch stimmt diese Argumentation überhaupt – oder geht es auch ohne Zivildienstleistende? Günter Neubauer, der Direktor des Münchener Instituts für Gesundheitsökonomik, hält die Endzeitszenarien der Sozialbranche für übertrieben: „Das System würde auf gar keinen Fall zusammenbrechen, wenn die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft wird“, sagt Neubauer. „Für viele Betriebe, die sehr viele Zivis einsetzen, wäre es unangenehm. Aber existenzbedrohend ist es nicht. Die Betriebe dürfen die Zivildienstleistenden ja gar nicht in Bereichen wie dem Rettungsdienst einsetzen, für die eine spezielle Qualifikation nötig ist.“

Selbst der Bundesbeauftragte für

den Zivildienst, Jens Kreuter, antwortet zurückhaltend auf die Frage, wie dramatisch sich eine Abschaffung auswirken würde. Ein Wegfall würde „sicher schmerhaft spürbar sein“, sagt Kreuter, der dem Bundesfamilienministerium untersteht. Im September wird seine Ministerin, Kristina Schröder (CDU), im Bundestag eine Stellungnahme zum Thema vorlegen.

Immerhin haben es die Träger bisher trotz aller Schwarzmalerei geschafft, den Rückgang der Zivizahlen auszugleichen. Seit dem Höchststand von 138 000 Zivis im Jahr 1999 hat sich die Zahl mehr als halbiert. Der angekündigte Zusammenbruch des Sozialsektors dennoch ist ausgeblieben. Auch das Ende des Dienstes sehen Experten ohne Sorge: „Ich glaube nicht, dass der soziale Sektor zusammenbricht“, sagt Harald Trabold, Ökonomie-Professor an der FH Osnabrück. Die Zivis könne man „relativ leicht ersetzen, beispielsweise indem der Staat künftig ein freiwilliges soziales Jahr stärker fördert.“

Auch der Fall Pia Schirrmacher spricht dafür, dass es ohne Zivildienst geht. Berufsvorbereitendes Soziales Jahr (BSJ) heißt das Modell, nach dem die Schulabgängerin wie derzeit bundesweit 1000 andere junge Leute arbeitet. Die Lebenshilfe hat das Programm vor ein paar Jahren speziell für ihre Einrichtungen konzipiert. „Wir setzen die BSJler häufig da ein, wo wir früher Zivis hatten“, sagt Wilfried Wagner-Stolp, Koordinator bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe. Rund 10 000 junge Männer und Frauen haben bereits ein solches BSJ absolviert, ihre Bezahlung finanziert der Verein durch Spenden. „Wir investieren ganz bewusst in dieses Konzept, auch wenn es uns mehr kostet“, sagt Wagner-Stolp.

Denn im Gegensatz zu den zwangsverpflichteten Zivildienstleistenden seien die Freiwilligen motivierter und leisteten daher bessere Arbeit. Zudem meldeten sich

häufig Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden hätten. In einigen Städten arbeitet der Verein sogar gezielt mit der Arbeitsagentur zusammen. „Das ist gewissermaßen unser Beitrag gegen Jugendarbeitslosigkeit“, sagt Wagner-Stolp.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist das ein besseres, weil passgenaueres Modell als der Zivildienst. Die Wohlstandsverluste durch den Zwangsdienst sind nämlich immens: „Aus volkswirtschaftlicher Sicht macht es keinen Sinn, allgemeine Wehrpflicht und Zivildienst in der bisherigen Form beizubehalten“, sagt Gesundheitsökonom Neubauer. „Denn 80 Prozent der jungen Männer sind viel höher qualifiziert, als es ihre Tätigkeit im Zivildienst erfordert.“

Dieser Meinung ist auch Thomas Straubhaar, der Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI): „Durch Zwangarbeit kann der Staat Kosten sparen, aber die gesamtwirtschaftlichen Kosten bleiben.“ Das gilt umso mehr, wenn in den kommenden Jahren gut ausgebildete Arbeitskräfte knapp werden. „Man könnte es eines Tages noch bereuen, dass man junge Menschen ein halbes Jahr lang vom regulären Arbeitsmarkt abgehalten hat“, prophezeit Michael Burda, einer der renommiertesten Arbeitsmarktökonomen Europas.

Viele Wissenschaftler sehen im Zwangsdienst eine Naturalsteuer, ähnlich dem Zehnten, den Bauern früher ihrem Gutsherren abliefern mussten, oder den sogenannten Frondiensten, die Feudalherren im Mittelalter gefordert hatten. Grundsätzlich sei dagegen nichts einzuwenden, sagt Straubhaar, ungerecht sei aber, dass nur junge Männer betroffen sind; und selbst von denen noch nicht einmal alle. „Auf dem Buckel der Zivis wird eine soziale Leistung erbracht, die eigentlich von allen gleichermaßen erbracht werden müsste“, sagt Straubhaar. „Wenn diese Leistung erwünscht ist, sollten alle dafür Steuern zahlen und nicht nur ein kleiner Teil der Bevölkerung.“ Harald Trabold sieht das ähnlich: „Ein relativ kleiner Teil der 18- bis 20-Jährigen wird belastet, der Rest nicht: Frauen nicht, Priester nicht, Ausländer, die in Deutschland leben, nicht und die Wehrpflichtigen, die nicht gezogen werden, ebenfalls

nicht. Das ist nicht gerecht.“

Ökonomen sind sich weitgehend einig, dass der Zivildienst eine ineffiziente Veranstaltung ist. Allerdings soll er das gewissermaßen auch sein. Laut Gesetz muss eine Zivildienststelle dem Prinzip der Zusätzlichkeit entsprechen. Ein Zivi darf also nicht die Arbeit einer Pflegekraft oder eines Rettungsdienstfahrers ersetzen, sondern nur Aufgaben erledigen, die als verzichtbar eingestuft werden. Jede Einrichtung muss bei der Schaffung einer Zivi-Stelle schriftlich bestätigen, dass der Zivildienstleistende weder einen Arbeitsplatz ersetzt noch die Schaffung eines neuen Jobs verhindert.

An diese Vorgabe halten sich allerdings die wenigsten Krankenhäuser, Pflegeheime oder Fahrdienstanbieter. In vielen Fällen werden Zivis als billige Arbeitskräfte – der Grundsold beginnt bei 9,41 Euro am Tag – im Pflegeakkord eingesetzt, sie waschen Alte, fahren Krankenwagen oder putzen Toiletten. All das sind klassische Aufgaben für angestelltes Personal.

Da aber Zivis auch für Tätigkeiten verwendet werden, für die nur geringe Qualifikationen nötig sind, nehmen sie – ohne es zu wollen – vor allem benachteiligte Menschen Arbeitsplätze. „Zivildienstleistende verdrängen Menschen, die keine Ausbildung und kaum Alternativen haben“, sagt Burda. „Der Zivildienst ersetzt einen potenziellen Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte, der nach den Hartz-Reformen dringend gebraucht wird.“ Auch Gesundheitsökonom Neubauer glaubt, dass der Dienst letztlich unsozial ist, weil er vielen Menschen eine berufliche Alternative nimmt: „Wir haben in Deutschland zu wenige Arbeitsplätze für Menschen, die schlecht ausgebildet sind und die beispielsweise nur schlecht lesen und schreiben können“, sagt Neubauer. „Viele dieser Menschen suchen Stellen, aber die meisten Zivildienstleistenden besetzen genau diese Arbeitsplätze, von denen es zu wenige gibt.“

Würden die staatlich subventionierten Arbeitskräfte nicht vielerorts für solche Aufgaben missbraucht, argumentieren die Zivildienst-Kritiker, gäbe es den Aufschrei der Verbände wohl nicht.

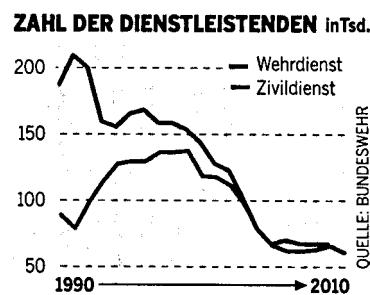
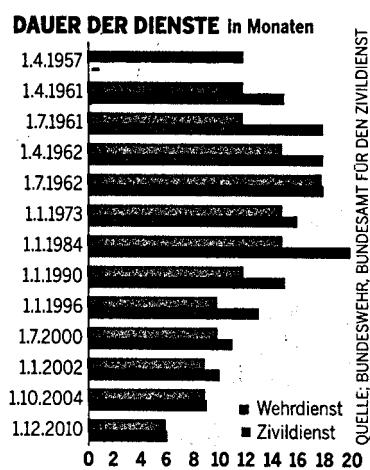
Schon in der Vergangenheit wehrten sich meist jene Träger heftig gegen Verkürzungen der Zivildienstzeit, die besonders viele junge Männer für Aufgaben eingesetzt hatten, die eigentlich von Hauptamtlichen erledigt werden sollten.

Das Bayerische Rote Kreuz etwa stellt viele Zivildienstleistende als Fahrer von Rettungswagen ein. Landesgeschäftsführer Leonhard Stärk sagt, in Bayern würde ein „zweistelliger Millionenbetrag“ nötig sein, wollte man nur jeden zweiten Zivildienstleistenden mit einer hauptamtlichen Kraft ersetzen. Umso verwunderlicher ist, dass die Konkurrenz es heute schon ohne Zivis hinbekommt. Der Landesverband Bayern des Arbeiter-Samariter-Bunds hat 180 Beschäftigte im Rettungsdienst. 150 von ihnen sind hauptberuflich tätig, der Rest ehrenamtlich. „Wir kennen die Kostenstrukturen unseres Wettbewerbers nicht. Ich kann nur sagen, dass unser Organisationsmodell gut funktioniert“, sagt ASB-Landesgeschäftsführer Thomas Klüpfel.

Eines dürfe man nicht vergessen, sagt Experte Niermann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband: „Der Dienst nützt nicht nur dem Funktionieren des Sozialsektors, sondern auch der Gesellschaft als solches.“ Mittlerweile 3,3 Millionen Männer haben in Deutschland einen Zivildienst abgeleistet. „Sie alle haben einen Blick auf soziale Lebensbereiche bekommen, der ihnen sonst versperrt geblieben wäre. Das ist ein unschätzbarer Gewinn für das Land.“ Natürlich sei ein solcher Gesellschaftsbildungsprozess ebenso durch das Freiwillige Soziale Jahr möglich, das Freiwillige Ökologische Jahr oder das BSJ, das die Lebenshilfe anbietet. Diese Dienste seien aber zu unbekannt, glaubt Niermann.

Eine Lösung haben die Sozialverbände deshalb schon parat: Werde der Zivildienst tatsächlich abgeschafft, müsse es eine rund 100 Millionen Euro teure Imagekampagne für die freiwilligen Dienste geben, fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband. Bezahlen soll die – wer wohl sonst? – der Steuerzahler.

Zivildienst in Deutschland



Leben lernen

Nach einer behüteten Kindheit im reichen Deutschland sehnen sich immer mehr junge Leute danach, die andere Seite der Realität kennenzulernen

Von Charlotte Frank

Grenzen, sie kann ihre Geschichte nicht erzählen, ohne das Wort immer wieder hervorzuholen und Grenzen in ihre Sätze einzubauen, dabei ist sie damals doch nur ins Nachbarviertel gegangen. "Ich bin noch nie in meinem Leben so an meine Grenzen gekommen", sagt Birte Weber über ihr soziales Jahr in einem Hamburger Altenheim, sie sagt aber auch, dass sie nie so viele Grenzen zu anderen Menschen abgebaut hat. Musste sie ja – ihre Tage bestanden aus Füttern, Waschen, Windeln. Oft, sagt Birte, war sie darüber grenzenlos unglücklich. So, dass sie alles hinwerfen wollte? Sie schüttelt den Kopf. Dazu hätte sie zu sehr um den Platz gekämpft.

Wenn das keine guten Aussichten sind: In Zeiten von Turbo-Abitur und Bachelor-Studium konkurrieren immer noch Zehntausende Jugendliche miteinander darum, wie Birte nach der Schule ein Jahr lang alte Menschen waschen undwickeln zu dürfen. Oder Behinderte. Oder Kranke. Andere machen zwölf Monate Pause, um in Dritte-Welt-Ländern Brunnen zu bohren oder Waisenkinder zu betreuen. Obwohl die Platzzahl im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) kontinuierlich ausgebaut wird, obwohl der Einsatzbereich immer stärker erweitert wurde – von rein sozialen Einrichtungen auf sportliche, kulturelle und Denkmalschutzvereine –, und obwohl das FSJ seit 1993 vom Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) flankiert wird, übersteigt die Nachfrage das Angebot immer noch um das Zwei- bis Dreifache. Im Jahr 2008 hatten fast 38 000 Bewerber Glück, sie bekamen einen FSJ-Platz im Inland. Das sind etwa drei Prozent aller Deutschen zwischen 17 und 27 Jahren. Weitere 7000 bekamen über Programme wie "Weltwärts", "Kulturweit" oder den europäischen Freiwilligendienst eine Stelle im Ausland, 2520 absolvieren ein FÖJ.

Und das ist erst ein Bruchteil der Jugendlichen, die ehrenamtlich aktiv sind. Insgesamt engagieren sich laut Freiwilligensurvey des Familienministeriums regelmäßig 35 Prozent aller jungen Menschen – Mädchen mehr im sozialen und ökologischen Bereich, Jungen eher für Sicherheit und Ordnung

im Wohnort. Thomas Rauschenbach, der Leiter des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München, spricht von einem "konstant überdurchschnittlichen Niveau".

Darf Deutschland sich also auf eine neue Generation von Altruisten und Weltverbesserern freuen? Folgt nun eine neue Ära ohne Ellenbogen? Rauschenbach winkt ab: "Das Gutmenschenum ist nicht dominant." Natürlich, sagt er, gehe es den Jugendlichen darum, sich für eine Sache zu engagieren, viele wollten auch im Kleinen etwas bewegen. Doch in erster Linie sei das Engagement ein Weg, sich Freiräume zu verschaffen, da Schule und Alltag diese immer weiter beschnitten. In Verbänden, Vereinen und Initiativen könnten junge Menschen Anerkennung erfahren, die nichts mit Noten und klassischen Qualifikationen zu tun hat. Viele engagierten sich auch einfach aus dem Wunsch heraus, Kontakte zu knüpfen. Der Freiwilligensurvey weist auf ein weiteres wichtiges Motiv hin: 49 Prozent der einsatzfreudigen 14- bis 24-Jährigen sagen: "Ich will Qualifikationen erwerben, die im Leben wichtig sind." Dieser Wunsch ist in der Sonder-situation FSJ noch ausgeprägter. "Die fürsorgliche Mentalität mag zwar eine Rolle spielen", sagt Rauschenbach, "aber vielen Schulabgängern dient das Jahr vor allem dazu, herauszufinden, was sie beruflich machen wollen." Bei Birte Weber, der FSJlerin aus dem Hamburger Altenheim, war das zum Beispiel so: Sie studiert inzwischen Sozialarbeit. Auch Experten der Träger bestätigen eine pragmatische Herangehensweise der Jugendlichen an die soziale Aufgabe: "Da trifft der altruistische Wunsch, sich zu engagieren, auf den hedonistischen Wunsch, sich zu orientieren", sagt etwa Marion Reinhardt vom Internationalen Bund. Gerade in Zeiten doppelter Abiturjahrgänge und langer Wartezeiten auf Studien- und Ausbildungsplätze erscheine das FSJ vielen als sinnvolle Überbrückung. "Parallel zu ihren Anfragen bei uns bewerben sich junge Menschen oft an Unis oder für Lehrstellen", sagt Reinhardt. "Wenn sie da eine Zusage kriegen, hat das für sie meist Priorität."

Wahrscheinlich ist mit diesem Verhalten

am besten umschrieben, was in der Shell-Jugendstudie gemeint ist, wenn die Autoren von "pragmatischen Idealisten" schreiben. Pragmatische Idealisten, darunter fassen die Autoren immerhin ein Viertel der Jugend zusammen, setzen sich ganz selbstverständlich für gesellschaftliche Anliegen und andere Menschen ein, ohne dabei den Leistungs- und Wettbewerbsgedanken zu verteufeln – und meist ohne politischen Hintergedanken. Wenn heute ein Jugendlicher ins Ausland geht, hat das also nichts mehr mit dem idealistischen Gebaren deutscher Nachkriegskinder zu tun, die in israelische Kibbuzim fuhren, um dort Wiedergutmachung für die Verbrechen ihrer Eltern zu leisten. Es hat auch nichts mehr von den kämpferischen Nach-68ern, die nach Südamerika aufbrachen, um an der Seite linker Sandinisten in Nicaragua Kaffee zu pflücken. Es hat, sagt DJI-Leiter Rauschenbach, nicht mal etwas von den leidenschaftlichen Wertedebatten der friedens-, frauen- und ökobewegten 70er und 80er Jahre. "Heute würde kein Jugendlicher mehr euphorisch in ein Land ziehen, nur weil er dessen Politik für gerechter hält", sagt er. Fragt er junge Menschen, ob sie schon einmal an einer Demonstration oder einer illegalen Aktion teilgenommen haben, lautet die Antwort meistens: "Noch nie."

Die kühle Abwägung macht das Engagement aber nicht weniger wertvoll – im Gegenteil. Freiwillige sind für die Sozialverbände zu einer unverzichtbaren Hilfe geworden. 1954, als Jugendliche mit dem Diakonischen Jahr angesichts des Pflegenotstands in Kliniken und Heimen erstmals aufgerufen waren, dem Dienst am Nächsten ein Jahr zu opfern, folgten dem nur ein paar Gutmenschen. Trotzdem erwuchs daraus eine so große Bewegung, dass der Bundestag 1964 das FSJ-Gesetz verabschiedete. Inzwischen, hat DJI-Leiter Rauschenbach ausgerechnet, werden schon mehr Freiwilligen- als Zivildienstmonate in Deutschland geleistet.

Weg von daheim, weg von Eltern und Alltag – auch das treibt viele an.

"Pragmatischer Idealismus" nennen es die einen, andere reden vom "Gutmenschenum".

SOZIALER DIENST

Ein Jahr für die Gesellschaft

Die Wehrpflicht hat ausgedient - aber es gibt eine sinnvolle Alternative

THOMAS HANKE I BERLIN Die FDP hat den ersten Zankapfel in einer möglichen schwarz-gelben Regierung offen angesprochen: Sie will die Wehrpflicht abschaffen oder zumindest ruhen lassen. Prompt schallt es aus der Union zurück, die habe sich doch bewährt, sichere die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft und trage zum sozialen Ausgleich bei. Das Bundesverfassungsgericht hat es gerade abgelehnt, sich mit dem Thema zu befassen, der Ball bleibt also bei der Politik.

Keines der Argumente für die Wehrpflicht zieht noch. In Wirklichkeit leisten wir uns zwei Armeen: eine Quasi-Berufsarmee, die mittlerweile in vielen Ländern in todernsten Einsätzen steht, vor allem in Afghanistan, und daneben eine Art Operettenarmee von Wehrpflichtigen, die niemand irgendwo auf der Welt an die Front schicken würde.

Eingezogen wird mittlerweile nur noch ein Bruchteil der Wehrpflichtigen, die infrage kommen. Und die stellen bereits eine verringerte Auswahl dar, da es zumindest für Kinder der oberen Schichten offenbar kein großes Problem ist, sich als untauglich auszumustern zu lassen. Die Wehrpflichtigen-Armee wird also immer mehr zu einer Unterschicht-Armee und immer weniger zu einer integrierenden Institution.

Damit ist man bei dem Thema, über das mindestens so dringend debattiert werden müsste wie über die Wehrpflicht: Sollte die Gesellschaft auf jede Art von allgemeiner Dienstpflicht verzichten?

Ein soziales Pflichtjahr hatte bis 2005 viele Anhänger in allen Parteien. Dann kam die Große Koalition, und auch bei diesem Thema hat sie die lebhafte Diskussion zum Verstummen gebracht. Das ist bedauerlich, auch deshalb, weil im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise mit größerer Dringlichkeit über gesellschaftlichen Zusammenhalt diskutiert werden müsste.

In Großbritannien haben, nicht zuletzt aus Sorge über die gravierenden Folgen der Krise und zunehmende soziale Zerfallserscheinungen, Labour-Abgeordnete die Debatte über ein Pflichtjahr neu entfacht. Die Konservativen haben schon zu Anfang des Jahres Ähnliches vorgeschlagen, aber bescheidener: Sechs Wochen sollen alle Jugendlichen eine Art Sozialcamp besuchen. Interessanterweise findet der Vorschlag, ein Jahr als Pflicht einzuführen, bei mehr als 60 Prozent der Jugendlichen Zustimmung. Das liegt auch daran, dass viele von ihnen sowieso ein Jahr aussetzen, nachdem sie die Schule verlassen haben. Sie graben Brunnen in Entwicklungsländern, geben dort Sprachkurse oder helfen im Gesundheitswesen.

Auch in Deutschland wollen immer mehr Jugendliche, die weder Wehr- noch Zivildienst leisten, am eigenen Leib erfahren, wie die Wirklichkeit außerhalb von Klassenräumen aussieht. Daraus ist mittlerweile ein regelrechter Markt geworden, auf dem das Angebot an Einsatzorten mit der Nachfrage nicht mehr Schritt hält. Nicht zuletzt als Folge davon geht die sozialintegrative Funktion verloren: Reise- und sonstige Kosten überfordern Familien aus der Unter- und der unteren Mittelschicht.

In diesem Zusammenhang kann man klarstellen, was ein soziales Pflichtjahr nicht wäre, auch wenn die Einsätze vor allem im Inland stattfänden: eine Möglichkeit für den Staat, Geld zu sparen.

Ärgerlicherweise wird die Diskussion aber meist mit diesem Hintergedanken geführt: Entsteht da eine neue Armee billiger Arbeitskräfte, die bislang teuer bezahlte soziale Dienste viel kostengünstiger erbringen könnte? Je eher die Frage mit Ja zu beantworten ist, desto größer wird das politische Interesse, desto alarmierter sind aber die professionellen Dienstleister, die den Verlust von Marktanteilen fürchten.

Nur: 18 oder 19 Jahre alte Jugendliche

sind keine berufsmäßigen Krankenpfleger, Altenhelfer oder Reinigungskräfte. Darum kann es nicht gehen. Ziel kann nur etwas völlig anderes sein: eine Gelegenheit zu schaffen, bei der die sich immer stärker ausdifferenzierende Gesellschaft für einen Moment zusammenfindet. Zu ihren besten Zeiten haben Bundeswehr und Zivildienst das geleistet. Für anderthalb oder eineinviertel Jahre haben sie Menschen aus Schichten zusammengeführt, die sich gerade in Deutschland mit seinem auf frühe Differenzierung setzenden Schulsystem ansonsten nie begegnen, allenfalls später im Berufsleben. Selbst wenn der gemeinsam verbrachte Lebensabschnitt oft tote Zeit war, entwickelte sich ansatzweise Verständnis für bis dato eher unbekannte Lebensumstände. Vor allem Gymnasiasten mussten lernen, dass es nicht allen Bundesbürgern gegeben ist, sich lediglich mit der Suche nach Selbstverwirklichung oder dem schnurgeraden Weg zum hochbezahlten Akademiker zu beschäftigen.

Bei einem sozialen Pflichtjahr könnte die Zeit sinnvoll ausgefüllt werden. Viele dringende Aufgaben liegen brach - man denke nur an Hausaufgabenbetreuung oder Förderunterricht, den Schulen nicht abdecken können. Die integrative Wirkung wäre also eine doppelte: einerseits für die, die ein Jahr gemeinsam tätig sind, andererseits durch die positive Wirkung, die sie erzielen, auch wenn sie keine Profis sind.

Der Bedarf ist kaum zu bestreiten, Doch von der Betreuung von Migrantenkindern bis hin zu Sport- und Kulturveranstaltungen vertraut Deutschland darauf, dass ehrenamtlich Tätige einspringen. Aber das reicht nicht, wie die Diskussion über Vernachlässigung und Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts zeigt. Wir reden über den Generationenvertrag. Aber wie halten wir es mit dem Gesellschaftsvertrag - ist ein Jahr zu viel Einsatz, um ihn am Leben zu erhalten?

hanke@handelsblatt.com